REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

CHUR

Beyeler und Stöckli untersuchen den Baukartell-Skandal

Die externe Untersuchung des Baukartell-Skandals in der kantonalen Verwaltung wird von den beiden Freiburger Professoren Martin Beyeler und Andreas Stöckli geleitet. Das erklärte Regierungspräsident Mario Cavigelli am Mittwoch am monatlichen Treffen der Regierung mit den Medien. Beyeler ist Professor am Institut für Baurecht. Stöckli hat einen Lehrstuhl in Staats- und Verwaltungsrecht inne. Seine Arbeit bereits aufgenommen hat der frühere Zürcher Oberstaatsanwalt Andreas Brunner. Er untersucht den Polizeieinsatz gegen den Whistleblower *(obe)*

CHUR

Whistleblower geht rechtlich gegen Polizei und Regierungsrat vor

Whistleblower Adam Quadroni stellt gemäss SRF Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Kantonspolizei Graubünden. Er wirft der Kantonspolizei Amtsmissbrauch, Freiheitsberaubung und Sachbeschädigung im Zusammenhang mit seiner Verhaftung vor. Quadroni geht auch gegen Regierungsrat Jon Domenic Parolini, ehemals Gemeindepräsident von Scuol, strafrechtlich vor. Quadroni wirft Parolini ehrverletzende Äusserungen in einem Gespräch in der Sendung «Cuntrasts» von RTR vor. Dazu habe er eine Amtsgeheimnisverletzung begangen. *(red)*

FÜRSTENAU

Ladina Pedrun-Spadin

Ertragsüberschuss in der «kleinsten Stadt der Welt»

Mit einem Gewinn von 60 000 Franken bei Ausgaben von 1,56 Millionen Franken schliesst die am Dienstag von der Gemeindeversammlung genehmigte Rechnung 2017 von Fürstenau ab. Netto investiert wurden laut Stadtpräsident Christian Morf 1,25 Millionen Franken, hauptsächlich in den Erweiterungsbau der Schulanlage (Bild), der gestern Donnerstag mit einer kleinen Feier offiziell eingeweiht werden konnte. Bei den anstehenden Wahlen mit einem sehr guten Ergebnis im Amt bestätigt wurde Stadtpräsident Morf. Den zurückgetretenen Polizeifachchef Rico Tschupp ersetzt Remo Banzer. Für Julia Lampert neu in den Schulrat gewählt wurde Raphaela Holliger. *(jfp)*

RHEINWALD

Splügen, Nufenen und Hinterrhein machen sich fit für die Fusion

Per 1.Januar 2019 tritt die Fusion von Splügen, Nufenen und Hinterrhein zur Gemeinde Rheinwald in Kraft. Die konstituierende Versammlung der neuen Gemeinde hat nun am Dienstagabend in Splügen stattgefunden. Dabei wurde laut dem Splügner Gemeindekanzlisten John Turner einerseits die künftige Verfassung zuhanden der Urnengemeinde verabschiedet, anderseits wurde das Abstimmungs- und Wahlgesetz genehmigt. Der Souverän wird im Juni definitiv über die Verfassung entscheiden. *(jfp)*

«Ich befürworte eine starke Wirtschaft in Graubünden»

Neu-Regierungsratskandidat Linard Bardill legt die Karten auf den Tisch. Im Interview verrät er, wie er zu Spracheninitiative, Sonderjagd, Wirtschaftsförderung und Origen steht.

mit Linard Bardill sprach Olivier Berger

Noch wird er vor allem als Protestkandidat wahrgenommen. Allein darauf, die Verstrickungen der etablierten Parteien ins Baukartell zu kritisieren, beschränkt sich Linard Bardill nicht. Im Interview offenbart er überraschende Ansichten.

Herr Bardill, der Bündner Politologe Clau Dermont hat gesagt, Sie würden als Künstler wahrgenommen, nicht als Politiker. Wie politisch sind Sie?
Nicht nur wer ein Amt bekleidet, ist Politiker. Ich war immer politisch. Ich habe im Jahr 1991 das «Andere Nein» – nicht jenes der SVP – zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR angeführt und war Erstunterzeichner der Alpeninitiative. Im Moment setze mich gerade aktiv für die Sozialversicherten ein, die unter den Generalverdacht des Schmarotzertums gestellt worden sind.

Ihnen ist also klar, dass Sie in der Regierung vor allem viel Knochenarbeit zu erledigen hätten und ständig Mehrheiten suchen müssten?
Meinen Sie damit, dass sich jeder Politiker verbiegen muss? Allianzen zu schmieden, hat doch nichts mit sich verbiegen zu tun. Das ist Demokratie. Aber offen und im Licht der guten Sache für die Menschen im Kanton, die Kinder, die Frauen, die Arbeitnehmer und auch die Patrons, aber nicht nur für sie. Wir brauchen alle, und zwar im Disput, ohne Schachergeschäfte, ohne Hintenrum. Das ist eine hohe Latte, ich weiss. Aber darum bin ich angetreten.

Sprechen wir über konkrete politische Themen. Wie stehen Sie zur Spracheninitiative?
Auch hier muss man die Frage anders stellen. Kinder im Alter bis etwa zwölf Jahren lernen systemisch, das heisst beim Sprechen, beim Sprachehören, dort, wo die Sprache lebt. In der Pubertät ändert sich das. Das Lernen wird analytisch: Grammatik, Vokabular. Die Wissenschaft hat das längst herausgefunden, und die Schule müsste das berücksichtigen. So gesehen ist bei falschem Lernen sogar eine einzige Fremdsprache zu viel. Lernt man mit Kindern aber systemisch, dann kann man locker zwei Sprachen lernen.

Und die Sonderjagdinitiative. Wie stimmen Sie?
Ich bin nicht dafür, dass man immer mehr Regeln und Gesetze aufstellt. Für jedes neue Gesetz müsste man eigentlich ein altes streichen. Ich finde die Nachjagd zwar übertrieben, aber das können der kantonale Jagdaufseher und sein Chef auch selber regeln. Darum stimme ich zwar Nein, obwohl die Ungültigkeitsbehauptung von Herrn Cavigelli im Parlament im Jahr 2015 nicht wirklich fair und demokratisch war. Er hatte vom Bundesamt für Umwelt ja schon das Gegenteil erfahren.

> «Ich finde eine schwarze Null eine gute Sache. Aber ich bin gegen den übertriebenen Steuerwettbewerb.»

Sie fordern im Internet neben ausgeglichenen Zahlen auch ausgeglichene Menschen. Das heisst umgekehrt, dass der Kanton eine schwarze Null schreiben soll. Mehr Schulden gibt es mit Ihnen in der Regierung also nicht?
Ich finde eine schwarze Null eine gute Sache. Aber ich bin gegen den übertriebenen Steuerwettbewerb. Auch hier müsste der Finanzminister eidgenössisch seine Stimme erheben. Es geht doch nicht, dass die Kantone sich gegenseitig kaputt machen und dass für ein paar Reiche die ganzen Lebensbedingungen der Leute vermiest werden! Ich denke da an die Poststellen, den öffentlichen Verkehr, die Renten und vieles mehr.

Sie gehören zu den Pionieren des Umweltschutzes im Kanton. Das heisst, mit dem Regierungsrat Linard Bardill ist fertig mit Umfahrungen und Ausbauten?
«Erkenne dich selbst», stand am Tempel von Delphi. Der Kontakt mit der Bevölkerung ist da entscheidend. Bei mir gäbe es keine Umfahrung gegen den Willen eines Dorfs oder einer Agglomeration. Da würde ich alle direktdemokratischen Möglichkeiten ausschöpfen, bevor «von oben» gebaut wird.

Ein anderes politisches Reizthema sind alte Ställe und Maiensässe. Sind Sie für oder gegen Lockerungen, damit diese ausgebaut werden können?
Ich glaube, die Sache ist jetzt, übrigens auch dank unserer Bündner Ständeräte Schmid und Engler, auf gutem Weg. Ich bin für die Erhaltung der gewachsenen Kulturlandschaft. Da gehören Ställe und Hütten dazu. Diese zu erhalten, muss eine Priorität sein. Auch wenn man sie nicht ausbaut, übrigens. Ausbau, wo sinnvoll, ja, doch bin ich dagegen, Ferienwohnungen in Ställe einzubauen, wenn man noch neue Erschliessungen bauen muss. Das Ziel der Landschaftsinitiative, dass die unverbaute Landschaft erhalten werden muss, ist mir wichtig.

Wie stehen Sie zur Wirtschaftsförderung?
Ich befürworte eine starke Wirtschaft in Graubünden. Wenn ein Projekt substanziell hilft, Arbeitsplätze zu schaffen, Impulse zu geben, wenn man von Politikerseite auch einmal das Thema «Gleiche Löhne für gleiche Arbeit» – ich denke vor allem an die Frauen – miteinbringen kann, dann bin ich für Förderung. Die starke Wirtschaft muss aber auch Impulse in die Randregionen senden. Alles zu konzentrieren, ist nicht in meinem Sinne.

Mit Ihnen als Kulturminister müsste Origen um seine Mittel bangen. Wahr oder falsch?
Solange Origen russische Zarenbälle auf dem Julier macht – ohne jede für mich erkennbare philosophische, historische, politische Reflexion –, würde wohl eine kompetente Kulturkommission genau hinsehen müssen. Ich würde mich stark auf ihr Urteil verlassen und nicht nur meinen eigenen Geschmack entscheiden lassen.

Noch vor wenigen Wochen beklagten Sie zu wenige Frauen in der Regierung. Sie sind auch keine Frau. Wie soll das denn klappen mit den Frauen in der Politik?
Das ist mein grösster Wermutstropfen. Keine Frau! Ich versuchte telefonisch, alt Nationalrätin Brigitta Gadient zu einer späten Kandidatur zu motivieren, da ich sie sehr schätze. Hätte sie Ja gesagt, wäre ich sicher nicht selber in die Hosen gestiegen. Sie wollte in Absprache mit ihrer Partei nicht. Darf ich jetzt noch etwas poltern?

Unbedingt.
Ich erachte es als logische Folge, dass wir so wenig Politikerinnen haben und bald 17 von 39 Wahlkreisen ohne Frauen im Grossen Rat sind.

> «Ich versuchte telefonisch, alt Nationalrätin Brigitta Gadient zu einer späten Kandidatur zu motivieren.»

Warum?
Ein Beispiel: So wie man mit dem Bündner Mädchenparlament umgegangen ist, ist es kein Wunder, wenn die Frauen einfach «null Bock» auf Politik haben. Fünf Petitionen haben die Mädchen und Jugendlichen eingereicht, und das «richtige» Parlament, der Grosse Rat, ist nicht auf eine einzige eingetreten. So gewinnt man vielleicht Kriege, aber sicher keine Liebe, und schon gar keine Motivation, Politikerin zu werden!

Braucht es Frauenquoten?
Frauenquoten sind Quatsch. Aber Umstände, damit Frauen in die Politik können, in die Wirtschaft, die sind obernotwendig! Und das geht nur, wenn die Männer zu Hause auch anpacken.

Bild Yanik Bürkli